



**Antrag an das Wirtschaftsparlament Niederösterreich, Sitzung am 15.05.2024**

23.04.2024

**Soziale Sicherungssysteme für Selbstständige verbessern**

**Begründung:**

Die Anzahl der selbstständig Beschäftigten in Niederösterreich nimmt seit Jahrzehnten zu. Die Diversität der Lebens- und Arbeitsrealitäten von EPU, Kleinstunternehmer:innen sowie der großen Zahl von Freiberufler:innen und Neuen Selbstständigen stellt das österreichische System der sozialen Absicherung aber vor Herausforderungen. Lösungen und Modelle, die für unselbstständig Beschäftigte funktionieren, tun dies nicht automatisch auch für Unternehmer:innen – ganz im Gegenteil: Durch flexiblere und schwer zu vereinheitlichende Lebensumstände können selbstständig Beschäftigte oft nur mit Einschränkungen und Benachteiligungen auf soziale Sicherungssysteme zugreifen.

Die Einkommen der EPU ermöglichen oft keine ausreichenden finanziellen Sicherheitspolster. Wenn sie aus gesundheitlichen oder wirtschaftlichen Gründen vorübergehend nicht arbeitsfähig sind oder nicht ausreichend Einkommen erarbeiten können, wird es schwierig. Auch das Ende des Berufslebens birgt Schwierigkeiten. Daher braucht es für all diese Bereiche faire, soziale Sicherungssysteme, die den unterschiedlichen Lebensrealitäten der Unternehmer:innen gerecht werden. Darunter fallen:

- Eine Reform der Arbeitslosenversicherung für Selbstständige: Die geringe Anzahl an Unternehmer:innen, die das aktuelle System freiwillig nutzen, zeigt, dass es hier dringenden Reformbedarf gibt.
- Möglichkeit, den Selbstbehalt beim Arztbesuch durch Gesundheitsziele auf 0 zu reduzieren: Die Wirtschaftskammer soll an die Sozialversicherung mit diesem Wunsch herantreten.
- Reform der Sozialversicherung für hybride Unternehmer:innen: Erleichterung in der Systematik der Mehrfachversicherung.
- Verbesserung der Regelung des Krankengeldes: Dieses soll ab dem 8. Tag der Krankheit unabhängig von der Gesamtdauer der Arbeitsunfähigkeit ausbezahlt werden.

**UND JETZT:**

# GRÜNE WIRTSCHAFT



- Verbesserte Rahmenbedingungen für Schwangerschaft und Geburt. Hier müssen Möglichkeiten geschaffen werden, die eine Fortführung des Unternehmens während des Mutterschutzes sicherstellen, und die Benachteiligungen gegenüber unselbstständig Beschäftigten abbauen.

## Die Grüne Wirtschaft stellt daher folgenden Antrag:

Das Wirtschaftsparlament NÖ fordert das Präsidium der Wirtschaftskammer NÖ auf, bei den zuständigen Stellen eine Verbesserung der sozialen Sicherungssysteme für Selbstständige zu erwirken. Dies betrifft vor allem die Regelung und Verbesserung der im Antrag genannten fünf Punkte.

Mit freundlichen Grüßen

**August Lechner**

Delegierter zum  
Wirtschaftsparlament

**Klaus Hochkogler**

Delegierter zum  
Wirtschaftsparlament

**Mag.ª Rita Newman**

Delegierte zum  
Wirtschaftsparlament

**Lothar Rehse**

Delegierter zum  
Wirtschaftsparlament